

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/151

10. August 1976

Deutsche Schmach: 15 Jahre Mauer durch Berlin

---

Ihre Überwindung ist Auftrag gerade an die  
Sozialdemokraten

Von Klaus Schütz  
Regierender Bürgermeister von Berlin, Vor-  
sitzender des SPD-Landesverbandes Berlin und  
Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 1 und 2 / 75 Zeilen

Mit Hysterie ist nichts zu erreichen

---

Alle Befürworter der Entspannung müssen  
wachsam sein

Von Egon Bahr MdB  
Bundesminister für wirtschaftliche  
Zusammenarbeit

Seite 3 und 4 / 50 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Herbert Wehner an die Mitglieder der  
SPD-Bundestagsfraktion

---

Seite 5 und 6 / 80 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

Herausg. von 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 408  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telefax: 08 08 848-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 66 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

Deutsche Schmach: 15 Jahre Mauer durch Berlin

Ihre Überwindung ist Auftrag gerade an die Sozialdemokraten

Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister von Berlin,  
Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Berlin und Mitglied des SPD-Vorstandes

Am 13. August ist Berlin 15 Jahre durch die Mauer geteilt. Heute wie am ersten Tag ist die Mauer für die ganze Welt Zeichen und Inbegriff der Menschenfeindlichkeit. Vier Jahre nach dem Vier-Mächte-Vertrag über Berlin und auf den Monat genau ein Jahr nach der Deklaration von Helsinki über Frieden und Zusammenarbeit in Europa macht die gegen alle Vereinbarungen der Siegermächte verstoßende und durch nichts zu rechtfertigende Spaltung der Stadt international deutlich, daß sich die Regierung der DDR gegenüber der Entspannung immer noch - und vielleicht sogar zunehmend - in der Defensive befindet.

Noch immer wird hier in Berlin wie an der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten geschossen. Heute wie am ersten Tag fordern wir, daß die Anwendung von Gewalt auch in Berlin und damit im Herzen Europas endlich und endgültig aufhören muß. Solange die Verantwortlichen der DDR an dieser Mauer und ihrer militärischen Bewachung festhalten, setzen sie sich damit in Widerspruch zu Geist und Buchstaben aller auf Gewaltverzicht und Freizügigkeit innerhalb Europas gerichteten Übereinkünfte.

Die DDR selbst hat zum 15. Jahrestag des Mauerbaus auf blutige Weise beschrieben, welche Stellung ihr in Bezug auf Menschlichkeit und Normalität innerhalb der europäischen Völkerfamilie zukommt. Entsetzen und Verachtung waren die einhellige Antwort, die den Schuldigen für die wilden Schießereien an der deutsch-deutschen Grenze von allen zivilisiert denkenden Menschen entgegengebracht wurde. Die Maßlosigkeit der Mittel und die Brutalität, die an der Grenze zwischen den beiden Teilen Deutschlands noch immer an der Tagesordnung sind, gehören heute vor dem Hintergrund einer auf internationale Zusammenarbeit gerichteten Politik nicht mehr allein zu den innerdeutschen Angelegenheiten. Sie sind Sache aller in Europa vertretenen

Staaten, denen es nicht gleichgültig sein kann, wie ein Mitunterzeichner der Helsinki-Erklärung mit Buchstaben und Geist von Vereinbarungen umgeht.

Aus aktuellem Anlaß haben die drei westlichen Schutzmächte in Berlin, die hier die oberste Verantwortung für Fragen des Status und der Sicherheit der Stadt tragen, kürzlich nochmals mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Anwesenheit von bewaffnetem und uniformiertem deutschen Militär in Groß-Berlin dem entmilitarisierten Status der Stadt widerspricht. Sie haben die Anwesenheit der DDR-Grenzorgane als eine grobe Verletzung von Grundsätzen verurteilt, wie sie in den Vereinbarungen der Siegermächte getroffen wurden. Diese Vereinbarungen sind durch das Viermächte-Abkommen erneut bestätigt worden.

Wir haben 15 Jahre mit der Mauer leben müssen. Das kann aber nicht heißen, daß wir uns jemals mit ihr abfinden. Das ist in der Politik der sozial-liberalen Koalition vom ersten bis zum heutigen Tage deutlich geworden. Wenn die politische Entwicklung eindeutig gegen dieses Eingeständnis eines Offenbarungseides derjenigen wirkt, die die Mauer zu vertreten haben, ist das ein Verdienst der auf Frieden, Entspannung und menschliche Erleichterung gerichteten Politik der Bundesregierung. Wir akzeptieren diese Mauer so wenig wie die Verweigerung der Grundrechte für Menschen irgendwo in der Welt, also auch in Ostberlin und in der DDR.

Dabei sind wir nicht in den Fehler verfallen, im Protest zu verharren und es beim Anklagen zu belassen. Das Ziel unserer Bemühungen ist es seit langem, die Mauer wie alle Grenzen in Deutschland und Europa Schritt für Schritt zu überwinden und die Freizügigkeit für alle Menschen - also auch in Deutschland - zu gewinnen. Wir wissen nur zu genau, daß der Weg dahin nicht über Illusionen führt, sondern durch die Realitäten hindurch muß, so schwer das auch ist.

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Die Vertragspolitik der Bundesregierung gegenüber der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten und der DDR und das Abkommen der Vier Mächte über Berlin haben die unerläßliche Vorbedingung für alles weitere geschaffen: Sie haben den Frieden sicherer gemacht. Verständigungen und Vereinbarungen und Abmachungen haben verhindert, daß die Teilung Berlins und Deutschlands und Europas noch tiefer wird. Und mehr: Sie haben Verbesserungen für die Menschen in Berlin und in Deutschland gebracht. Verbesserungen, auf die wir einen Anspruch haben und auf denen wir bestehen werden. Ganz wesentlich dabei ist, daß die Mauer durchlässig geworden ist.

Seit das Berlin-Abkommen in Kraft ist, seit 1972 also, sind West-Berliner 13 Millionen mal im anderen Teil unserer Stadt und unseres Landes gewesen. Diese millionenfachen Bindungen der Deutschen in beiden Teilen der Stadt und des Landes über Grenze und Mauer hinweg sind Realitäten, die niemand wegdiskutieren kann. Und: Dies sind menschenfreundliche und hilfreiche Realitäten.

Wir in Berlin tun, was uns möglich ist, damit die Politik der Entspannung weiterhin erfolgreich ist. Sie liegt im Interesse der Menschen drüben und hüten. Diese Politik ist mühsam, aber lohnend. Wir wollen Verhältnisse schaffen, die Mauer und Schießbefehl eines Tages endgültig überwinden. Das ist und bleibt der Auftrag, zu dem sich gerade die deutschen Sozialdemokraten am 15. Jahrestag des 13. August 1961 bekennen.

(-/10.8.1976/va/e)

+ + +

**Mit Hysterie ist nichts zu erreichen**  
-----

Alle Befürworter der Entspannung müssen wachsam sein

Von Egon Bahr MdB

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Es ist Gefahr im Verzuge. Die DDR schießt an der Grenze. Die Union macht Sternmäsche. Es ist also so wie immer, wie seit Jahren. In der Union wird überlegt, ob man den innerdeutschen Handel nicht zum Druck gegen die DDR benutzen könnte. In der DDR wird überlegt, ob man die Besucherregelung nicht zum Druck gegen die Bundesrepublik Deutschland benutzen könnte. Die einen spielen mit dem Grundlagenvertrag, die anderen spielen mit dem Grundlagenvertrag. Es ist so, wie es oft gewesen ist: Kräfte, die hier wie drüben gegen die Entspannung sind, arbeiten sich gegenseitig in die Hände. Und deshalb ist Gefahr im Verzuge. Die Erfolge der Politik dieser Koalition in den vergangenen sieben Jahren dürfen nicht ein Opfer des Wahlkampfes werden. Alle Befürworter der Entspannung in Ost und West müssen wachsam sein.

Am Freitag wird zum 15. Male der Tag wiederkehren, an dem die DDR den Bau der Mauer in die Wege leitete. Grund genug, sich zu erinnern nicht nur an das Ereignis selbst, das vielen Menschen Tod und Leid gebracht hat, nicht nur an die gemeinsamen Proteste aller Demokraten gegen die Mauer seither, sondern auch an jene Mischung der Unions-Parteien zwischen großen Worten und Leisetreterei, die mit Schuld hat an dem Trümmerhaufen der Deutschlandpolitik, den wir 1969 zu übernehmen hatten.

Wir vergessen nicht die leidenschaftlichen Proteste der Union im Jahre 1961 gegen die DDR, die gleichzeitigen Beschwichtigungen Adenauers gegenüber dem sowjetischen Botschafter und die gleichzeitigen erbärm-

lichen Angriffe gegen den Vorsitzenden der SPD.

Es hat sich bei der Union wenig geändert seither. Die Zeichen von heute gleichen sich. Wir vergessen nicht, daß damals - 1961 - die Union die Hysterie angefacht hat, der der gesamtdeutsche Sportverkehr zum Opfer fiel, und die hilflosen Versuche, für die Olympischen Spiele 1964 wieder eine gesamtdeutsche Mannschaft zusammenzubringen. An den innerdeutschen Handel ging man damals nicht heran. Er wurde durch die Union auch 1963 beim Aufstand am 17. Juni nicht angetastet. Heute, in der Opposition, vor Bundestagswahlen, in der Gewissheit, daß die Bundesregierung eine solche Politik des Abenteueriums nicht mitmachen würde, übt man sich in der Stärke der großen Worte.

1962 verblutete Peter Fechter an der Mauer. Sozialdemokraten haben die Konsequenzen aus der Geschichte der Ohnmacht und Rückschläge gezogen, die die Geschichte der Deutschlandpolitik der Unions-Parteien kennzeichnen. Wir haben erlebt, daß Verbesserungen für die Menschen nicht durch Fackelzüge, sondern durch Verhandlungen zu erreichen sind. Wir lehnen es ab, uns in den Kalten Krieg zurückprotestieren zu lassen.

Die Politik der Verhandlungen und der kleinen Schritte kann nur Erfolg haben, wenn wir der anderen Seite keine Vorwände liefern, sie zu torpedieren. Es gibt Grenzverletzungen wohl an allen Grenzen Europas, aber an keiner wird geschossen. Nicht an der Grenze zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR nicht an der Grenze zwischen Ungarn und Österreich, nicht an der Grenze zwischen der Sowjetunion und Finnland oder zwischen Spanien und Frankreich. Unsere Forderung muß sein, daß die Situation an der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten europäisch wird; auch für diese Grenze müssen die gleichen Regelungen gelten wie für alle anderen europäischen Grenzen. Aber das ist nur durch Verhandlungen zu erreichen und nicht durch Hysterie oder bloße Proteste.

(-/10.8.1976/va/e)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Herbert Wehner an die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion

"Liebe Freunde! Bitte, entschuldigt, daß ich Eure Aufmerksamkeit mit einigen Hinweisen in Anspruch nehme; die besorgniserregende Anheizung von Erregung im Zusammenhang mit verschiedenen Grenzzwischenfällen geben mir Anlaß dazu.

In einem Artikel von 'Neues Deutschland' heißt es: 'Die tragische Verkettung von Umständen, durch die am Grenzübergang Hirschberg bedauerlicherweise bei bis jetzt noch nicht geklärten mysteriösen Vorgängen ein mit der DDR befreundeter italienischer Kraftfahrer ums Leben kam, wird jetzt in schamloser Weise zu dem Versuch ausgenutzt, die ununterbrochenen Provokationen gegen die Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik durch die BRD zu rechtfertigen und von deren Urachern und Urhebern abzulenken.' Im nächsten Absatz des Artikels von 'Neues Deutschland' heißt es: 'Mit der Erklärung des Bundeskanzlers der BRD vom 28. Juli 1976 wurde all jenen Absolution erteilt, die seit Jahr und Tag dabei sind, Geist und Buchstaben der zwischen der DDR und der BRD abgeschlossenen Verträge und der Schlußakte von Helsinki zu verletzen. Das entsprechende Echo der Vertragsgegner und Entspannungseinde auf diesem Freibrief ist nicht ausgeblieben. Dies festzustellen ist ein Gebot der Stunde.

Diese Unterstellung verdient schärfste Zurückweisung. Bundeskanzler Helmut Schmidt hat in seiner Erklärung vom 28. Juli aus Anlaß einiger Grenzzwischenfälle zum Ausdruck gebracht, das Vorgehen der DDR-Grenzbehörden habe in diesen Fällen 'jedes Maß angemessener Reaktion auf geringfügige Grenzüberschreitungen' überstiegen. Er hat betont, diese Zwischenfälle belasten nachhaltig unser Verhältnis zur DDR. Im Gegensatz zu der dem Bundeskanzler in 'Neues Deutschland' unterstellten 'Absolution', die er 'all jenen' erteilt habe, 'die seit Jahr und Tag dabei sind, Geist und Buchstaben der zwischen der DDR und der BRD abgeschlossenen Verträge und der Schlußakte von Helsinki zu verletzen', hat der Bundeskanzler betont: 'Die Bundesregierung hat die mit der DDR geschlossenen Verträge stets beachtet. Sie erwartet das auch von der DDR. Die Bundesregierung ist entschlossen, ihre Politik besserer Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten fortzusetzen.'

Daß das Zentralorgan der SED es für angebracht hält, Belehrungen zu erteilen, ist seine Sache. Die SPD verteidigt im Wahlkampf 1976 die Vertragspolitik. Wer ihr unterstellt, sie tue das Gegenteil, belohnt die Gegner der Vertragspolitik. Die SPD widersteht dem Drang der reaktionären Kräfte, die deutsche Politik zurückzuzerren in eine Hallsteinzeit. Von der SED erwartet die SPD keine positive Würdigung der Politik der SPD,

verwehrt sich aber gegen die Unterstellung, die lediglich den Gagnern der Vertragspolitik Wasser auf die Mühlen leiten.

15 Jahre nach dem 13. August 1961 veranstaltet ein 'Arbeitskreis für freiheitliche Gesellschaftspolitik' eine sogenannte Sternfahrt nach Berlin. 'Die Welt' meldete am 9. August aus Kiel: 'Vom holsteinischen Lübeck bis zum bayerischen Hof fahren am 13. August junge Bürger in Bussen und Personenkraftwagen nach Berlin, um am 15. Jahrestag des Mauerbaus in der alten Reichehauptstadt für die deutsche Einheit und gegen die wiedernatürliche Grenzziehung zu protestieren. 'Das Programm umfaßt 'Essenausgabe', 'eine Informationsstunde', einen 'Fackelzug zur Mauer'. 'Die Berliner junge Union hat alles tadellos organisiert, auch die Großkundgebung im Bereich des Reichstagesgebäudes.' 'Als Redner angekündigt sind, neben Peter Lorenz und CDU-Generalsekretär Biedenkopf auch der sowjetische Regimekritiker Amalrik.'

Als 1961 das scherzliche Ereignis vollzogen wurde, war die CDU im damaligen bundesrepublikanischen Wahlkampfjahr nicht zu bewegen, einige Schritte zur Entlastung der geteilten Stadt Berlin tatsächlich zu tun. Der Bundeskanzler Adenauer widersetzte sich einer Plenarsitzung des Deutschen Bundestages in Bonn. Mit Mühe und Not gelang es, einige Tage danach eine gemeinsame Sitzung der Bundestageausschüsse für auswärtige Angelegenheiten und für gesamtdeutsche und Berliner Fragen zustandezubringen. Der Bundeskanzler und Vorsitzende der CDU, Konrad Adenauer, hielt seelenruhig seine Wahlversammlungen ab und sprach am Tage nach dem schmerzlichen Ereignis in Regensburg in herabsetzender Weise über den damals alleingelassenen Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt.

Nachdem wir endlich die Zeiten der Blockade, der Straßensperren und der Verkehrswidrigkeiten von und nach Berlin in mühevoller Arbeit hinter uns haben, tun die Nachfahren der damals von den Ereignissen 'Überraschten' CDU-Führer so, als hätten sie andere zu belehren darüber, wie man - 'tadellos organisiert' - 'für die deutsche Einheit und gegen die widernatürliche Grenzziehung' protestiert.

Ich erlaube mir, auf die diesem Brief beigelegten Auszüge, Zitate und Aussprüche hinzuweisen, die das schmerzliche Ereignis vom August 1961 betreffen. Wir bedürfen keiner Belehrungen. Wir verbitten uns die Vermischung des Wahlkampfes, den wir 15 Jahre nach dem schmerzlichen Ereignis führen, mit pseudoromantischen Gestikulationen.

1961 hat Willy Brandt als Regierender Bürgermeister in der geteilten Stadt die Stellung der Freiheit gehalten. Daß er aus anderen Ereignissen den Schluß zog, mit der 'Politik der kleinen Schritte' den Bewohnern der Stadt das Maß von Bewegungs- und Lebensmöglichkeiten erreichen zu helfen, das erreicht worden ist, darf nicht verwischt und verdreht werden.

Herzlich grüßt! Euer Herbert Wehner."

(-/10.8.1976/mie/e)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert